



Winfried Hermann war seit 2005 verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nun übernimmt er den Vorsitz des Verkehrsausschusses im Bundestag

Politik & Verbände

Herrmann: Aussetzen der Mauterhöhung ist dumm

Winfried Hermann übernimmt den Vorsitz des Verkehrsausschusses des Bundestages. Damit leitet der grüne Verkehrspolitiker künftig die verkehrspolitische Diskussion unter der schwarz-gelben Koalitionsmehrheit.

von Sebastian Bollig

Herr Hermann, Sie übernehmen den Vorsitz des Verkehrsausschusses im Bundestag. Müssen Sie künftig Ihre Kritik an der schwarz-gelben Verkehrspolitik zügeln?

Winfried Hermann: Ich will dafür sorgen, dass die wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsdebatten über nachhaltige Mobilität vorangetrieben werden. Insofern muss ich mich als Vorsitzender mit konkreter Kritik

vielleicht etwas zügeln, in meinem Engagement für nachhaltige Mobilität lasse ich mich jedoch nicht bremsen.

Was sind die wichtigen verkehrspolitischen Themen der kommenden Jahre?

Eine zentrale Frage ist: Woher kommen Sprit und Energie für eine bezahlbare Mobilität? Wir brauchen den Umstieg auf Elektromobilität, außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Fahrzeuge und Fahrer sparsamer mit Ressourcen umgehen. Letztendlich geht es darum Mobilität zu sichern ohne das Klima zu schädigen.

Das heißt, Sie begrüßen die Elektromobilitätsinitiative von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer?

Das ist alles prima! Allerdings hat diesen Schritt schon Ramsauers Vorgänger Wolfgang Tiefensee angekündigt und passiert ist wenig. Es fehlt ein richtiges Konzept. Wir brauchen eine klare Strategie wie Deutschlands Industrie den Vorsprung anderer Nationen aufholt und wir brauchen ein Programm zur Förderung der Elektromobilität. Die Grünen fordern bis 2020 nicht nur eine Million, sondern mindestens zwei Millionen Elektroautos in Deutschland – mit der nötigen Infrastruktur. Zur Elektromobilität gehört zudem nicht nur das Auto, sondern das eBike für Ballungsgebiete, der öffentliche Nahverkehr und der gesamte Schienenverkehr. Wobei der Strom klimafreundlich erzeugt werden muss. Wenn er wie bisher aus dreckigen Kohlekraftwerken stammt ist wenig gewonnen.

Bundesverkehrsminister Ramsauer sorgt derzeit für heftige Debatten. Fordern auch Sie den Aufbau West?

Nein! Ramsauer hat sich auf das Neid-Niveau der Stammtischdiskussionen in Bayern und Oberschwaben begeben. Dort herrscht die Ansicht vor, dass der Süden in den letzten 20 Jahren benachteiligt wurde. Zweifellos gibt es im Osten einige überdimensionierte Straßen. Doch von den Straßenbauprojekten Deutsche Einheit hat von allen 16 Bundesländern am meisten Bayern profitiert. Das wird oft übersehen.

Ist deshalb die Diskussion an sich falsch?

Nicht grundsätzlich. Dennoch sollten wir jetzt nicht auch im Westen überdimensionierte Straßen bauen. Ein nüchterner Blick offenbart, dass zu viele neue Straßen gebaut wurden und Deutschland das Geld für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur fehlt. Man sollte zudem aus den Fehlern der Investitionen im Osten lernen. Ziel war es damals, strukturschwache Regionen durch den Bau einer modernen Infrastruktur zu fördern. Herausgekommen ist jedoch, dass die Menschen schnell von dort in die Boomregionen wegfahren konnten. Das haben viele, gerade gut ausgebildete junge Menschen genutzt. Nachhaltiger Aufbau von Wirtschaftsleistung ist kaum geschehen. Das darf sich nicht im Westen wiederholen.

Woher soll das Geld für den Erhalt des Straßennetzes kommen? Schwarz-Gelb hat sogar angekündigt die bereits beschlossene Mauterhöhung für Euro-3-LKW auszusetzen.

Das war ziemlich dumm. FDP und Union konterkarieren derzeit den eingeleiteten Umstieg auf moderne, umweltfreundliche LKW. Wichtig wäre mehr Geradlinigkeit in der Verkehrspolitik. Selbst in der Krise darf sich der Staat nicht von jeder Lobbygruppe dazu drängen lassen beschlossene Maßnahmen zurückzunehmen. Damit geht jede Berechenbarkeit verloren. Dieselben Personen, die die Rücknahme der Mauterhöhung fordern, schreiben kurz darauf nach mehr Geld für den Straßenbau.

Reicht denn das Geld im Verkehrshaushalt?

Viele Verkehrspolitiker haben immer noch nicht begriffen: Auf Jahre hinaus wird das Geld für den Infrastrukturausbau nicht mehr zunehmen. Das gibt unser Haushalt einfach nicht her. In Oppositionszeiten haben Union und FDP immer mehr Geld für die Straße gefordert, doch weder in der großen Koalition, noch jetzt bei Schwarz-Gelb wird aufgestockt. Deshalb sollten Verkehrspolitiker darauf achten, dass Ausgaben kosteneffizient geschehen. Anstatt einiger sinnloser, teurer Großprojekte, sollte sich die Politik auf kleinere und dafür schnell umsetzbare Maßnahmen konzentrieren. Bei den Seehafen-Hinterlandverkehren etwa auf den Ausbau bislang ungenutzter Nebenstrecken und die Beseitigung der Engpass-Knoten.

Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die FDP mit ihrer Forderung nach einem deutschlandweiten Feldversuch mit Eurocombis durchgesetzt. Fürchten Sie den flächendeckenden Einsatz überlanger LKW?

Die Straßen und Brücken sind nicht für solche LKW ausgelegt. Eurocombis nutzen nur wenigen Unternehmen, den Ausbau von Kreisverkehren oder Autobahnausfahrten für diese Minderheit trägt jedoch die Allgemeinheit. In Deutschland ist es einfach zu eng für Eurocombis. Die grüne Antwort wäre der Ausbau des Kombinierten Verkehrs.

[» zurück zur Übersicht](#)

Drucken Empfehlen Kommentieren

Weitere Informationen

Ähnliche Artikel

[Länder bestehen auf Y-Trasse 23.11.2009](#)

[Schlotmann gesteht Ramsauer "mildernde Umstände" zu 20.11.2009](#)

[NRW-Verkehrsminister fordert Aufbau West 20.11.2009](#)

[Bund stoppt Geld für Y-Trasse 18.11.2009](#)

[Grüne leiten künftig Verkehrsausschuss 10.11.2009](#)

[Hintergrund: Holpriger Start für "Ramses" - Ärger um "Aufbau West" 10.11.2009](#)

[Herrmann: „Verkehrspolitik muss aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden“ 04.09.2009](#)

KOMMENTARE ZUM ARTIKEL

27. November 2009 21:30

Otto Bucher meint:

Keiner rechnet ernsthaft damit, dass außgerechnet das Transportgerwerbe keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Deshalb kann oder besser muss ich mit den Aussagen von Herrn Hermann leben. Auch hat er Recht mit seiner Forderung sich auf Projekte zu konzentrieren, die man auch umsetzen kann. Was helfen und Milliardenräumereien die auch in 20 Jahren noch nicht umgesetzt werden und trotzdem das ganze Geld verschlingen? Da sorgen wir lieber durch gezielte Investitionen dafür, dass es schnell voran geht bei kleinen Projekten die viel bringen.

25. November 2009 19:53

S meint:

Was sollen wir noch Steuergelder in Forschung von Elektroautos stecken und die Windmühlen mit Steuergelder subventionieren. Wasserstoff ist die Zukunft. In 6 Jahren können Sie Ihr Haus mit Wasserstoff heizen. Mercedes will bis 2013 oder 2015 das erste Wasserstoff Auto auf den Markt bringen. In Garching b. München ist es doch den Forschern gelungen. Das erste Wasserstoffwerk wird doch in Freiburg gebaut und eines an der Polnischen Grenze. Hier muß man ansetzen. Da gibt es keinen CO2 ausstoß. Und es wird billig. Aber das wissen die Politiker es wird nur nicht publiziert. Dann Windmühlen Solarenergie und Atom ade.

25. November 2009 15:54

alterwestfale meint:

Da wundern sich einige, was da vom Ausschussvorsitzenden für Verkehr für Aussagen gemacht werden, für mich nicht überraschend, denn was kann man schon von einem grünen Politiker erwarten, für den das Verkehrsressort ohnehin Neuland ist! Nach seinen Vorstellungen werden in Zukunft die Supermärkte wohl im Hauptbahnhof angesiedelt, oder ich stelle mir das Bild vor wie der feine Herr dann auf dem Fahrradtandem zu seiner Dienststelle geradelt kommt. Aber nicht nur die Ernennung des Herrn Herrmann zum Vorsitzenden eines Ausschusses welcher das Ministerium doch in seiner Entscheidung unterstützen soll, schaut man sich die Führungsspitze dieses Ministeriums mal genauer an wird man feststellen das alle Herren vom Minister bis zum letzten Staatssekretär (davon gibt es gleich mal vier Stück!!!!) durchweg branchenfremd im Bezug Güterstrassenverkehr sind. Aber festzustellen ist dass alle die gleiche Richtung einschlagen und das Ziel heisst die DB (Deutsche Bundesbahn) das Fass ohne Boden weiter auszubauen. In seiner Antrittsrede vom 11.11.2009 man achte auf das Datum (Anfang der Jeckenzeit , Karneval) von Herrn Minister Ramsauer hiess es, er werde keinen der Verkehrsträger gegenüber anderen Verkehrsträgern irgendwie benachteiligen und im folgenden Satz heisst es: " wir werden selbstverständlich versuchen den Frachtverkehr sowie den Personenverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern " Herr Ramsauer bedeutet das, dass weiterhin Milliarden von Steuergeldern in die Deutsche Bahn fließen werden? Müllermeister Dr. Peter Ramsauer Sie sind auf dem gleichen Weg wie Ihr Vorgänger Herr Tiefensee, denn nach ihren Aussagen zu urteilen lassen auch Sie den Güterkraftverkehr im Regen stehen!

25. November 2009 12:25

Karsten Roth meint:

Mit Hermann gibt es einen wirklich "kompetenten" Vorsitzenden für den Verkehrsausschuss.

Ich bin mal gespannt, welche Detailkonzepte zur Elektromobilität im Nutzfahrzeugbereich kommen wird. Ist ihm auch bewusst, dass E-Autos insgesamt weniger ökonomisch sind, als Dieselfahrzeuge?

Die gleiche Umweltfrage stelle ich natürlich beim Eurokombi. Der Transport von Volumengütern mit Eurokombis würde die Umwelt wesentlich entlasten. Auch hat ihm noch niemand erzählt, dass wir mittlerweile Luftfederung haben und die Brücken für das 10-fache ihrer Zielbelastbarkeit gebaut wurden. Sehr wohl sehe ich Unterhaltungsstaus. Diese müssen - ob Eurokombi oder nicht - in jedem Fall in Angriff genommen werden.

Solange man die Elektrifizierungskosten der Bahn nicht einrechnet, kann sich der Transport darüber tatsächlich umweltgünstiger darstellen. Rechnet man mal die Umwege ab, die Verzögerungen und beantwortet mal die Gesamtkostenfrage inkl. Endlagerung für den Atomstrom, mit dem die Deutsche Bahn zu 30 % betrieben wird, werden die Güter auf der Straße tatsächlich ökologischer befördert.

25. November 2009 10:51

Fuhrparkleiter meint:

Lieber Verlagerer,

Ihre Kritik ist leider absolut unqualifiziert und unsachlich. Ziehen Sie den Kopf aus dem Sand.

Was spricht denn dagegen Mobilität zu sichern ohne das Klima zu schädigen? Fossile Energie ist nun mal endlich. Auf Dauer führt kein Weg an einer Alternative vorbei. Deutschland hat jetzt die Chance sich einen Vorsprung in dieser Technik (Elektroautos) zu sichern. Wir brauchen auch keine überdimensionierten Straßen und zu den Themen Lobbygruppen, Berechenbarkeit, Kosteneffizienz, Ausbau Nebstrecken, Beseitigung Engpass-Knoten und keine Eurocombis trifft Herr Herrmann voll und ganz meine Meinung obwohl ich kein Grüner bin.

25. November 2009 10:46

Karl-Heinz Ripperger meint:

Vielleicht hätte man ihn besser zum Vorsitzenden des Fahrrad- oder E-Bike-Ausschusses machen sollen. Auf jedem Autobahnparkplatz E-Anschlüsse zum Aufladen. Am Besten da, wo die stinkenden Toilettenhäuschen sind.

Und auf allen Autobahnen die rechte Spur weg. Fahren doch eh alle links. Rechts ist nur für die blöden LKW 's.

So, Ironie aus.

25. November 2009 10:30

Politiker meint:

Richtig: Mautaussetzung ist dumm. Die Maut muß komplett weg. Sie wird nur zur Kriegsführung verwandt. Y-Trasse muß sofort her. Dafür kann und muß, nicht nur für die Trasse, die Entwicklungshilfe weg. Wir brauchen die Atombombe nicht zu fördern und unsere Konkurrenz nicht stärken.

25. November 2009 10:19

Wolfgang meint:

Da ist der Posten mal wieder mit einem Fachmann aus dem Verkehrsbereich besetzt. Solche Aussagen können ja wohl nicht sein, wo leben solche Menschen, die sowas erzählen? Es sind jetzt schon sehr viele Job's in der Transportbranche gefährdet aber man soll sich ja nicht nach "Lobbyisten" richten. Eine weitere Mauterhöhung, nachdem die letzte von 2008 auf 2009 schon sehr gefährdet, wäre das falsche was jetzt passieren kann.

Vielleicht sollte man mal lieber darüber nachdenken, wie der Verkehr vermieden werden kann.

* Muss unbedingt der Joghurt aus dem Norden in den Süden und umgekehrt.

* Muss der Handel bis 14.00 Uhr bestellen und am nächsten Tag die Ware bis 10.00 Uhr angeliefert bekommen. Die Läger sind auf die Straße verlegt es werden immer öfter immer kleinere Mengen bestellt, die immer mehr Fahrzeugbewegungen bedeuten.

Hier sollte die Politik ansetzen.

Die Spediteure würde gerne Bündeln und nicht jede Sdg. im 24 Std.-System ausliefern und damit für 2 Krt 30 Kg extra 100 km Umweg fahren, obwohl man ganz genau weiß, man ist am nächsten Tag mit mehreren Paletten im gleichen Ort.

Die Politik sollte die Ursach und nicht die Wirkung bekämpfen.

25. November 2009 09:01

Verlader meint:

Was soll man auch anderes von einem grünen Politiker erwarten, als solche Aussagen.

Man fragt sich nur, wer auf die Idee gekommen ist ausgerechnet einen Hinterwäldler zum Vorsitzenden des Verkehrsausschusses im Bundestag zum machen. Hier kann man doch bestenfalls eine Verkehrspolitik des absoluten Stillstandes erwarten. Wahrscheinlich eher einen Rückschritt bis zum Pferdefuhrwerk.

9 Leserbriefe (Anzeige 1 bis 9)

1

[» mehr News im 7-Tage-Rückblick](#)

Copyright © 2009 verkehrsrUNDSCHAU.de
(Foto: ddp/Jens Schlueter)
